

Güterabwägung zwischen Gewinn und Gesundheit

bz vom 20. 11.: Regierung ist mit zwei Sitzen zufrieden

bz 24.11.17

Dank sei Hans-Martin Jermann für seine Zusammenfassung der eingereichten fünf Vorstösse im Landrat zum Fluglärm des Euro Airport (EAP). Gefordert werden etwa gleich viele Sitze im EAP-Verwaltungsrat für Baselland wie für Basel-Stadt anstelle des bisherigen Ungleichgewichts von vier zu zwei. Die Baselbieter Regierung lehnt diesen Vorstoss ab mit dem Verweis auf das grössere finanzielle Engagement von Basel. Der Regie-

rungsrat verschweigt, dass auch der Gewinn von jährlich 25 Millionen Franken je zur Hälfte nach Frankreich und Basel geht. Baselland geht leer aus. Unerwähnt lässt die Regierung auch, dass Baselland an den Ausbau des EAP ums Jahr 2000 33,5 Millionen beigesteuert hat. Völlig ignoriert wird von der Regierung, dass der Schalldruck des Fluglärms in Allschwil tags und nachts rund fünf Mal grösser ist als in Basel, wo nur der äusserste Zipfel des Neubadquartiers tangiert wird. Und die bewiesenen Gesundheitsschäden des Fluglärms sollten schwerer wiegen als rein finanzielle Überlegungen. Die Flughafengemeinden Allschwil, Schönenbuch und Binningen-West bräuchten dringend einen Fürsprecher im Verwaltungsrat des EAP. Die Regierung will uns damit trösten, dass in aller Regel Baselland den Verwaltungsratsvizepräsidenten stellt. Ist für diesen Posten der neugewählte

Verwaltungsrat Raymond Cron, ehemaliger Bazl-Direktor, vorgesehen? Der bz-Artikel vom 10.11.17 «Empörung über Cron-Wahl» ist noch in bester Erinnerung. Die Binniger Landrätin Rahel Bänziger verlangt, dass die Lärmgrenzwerte in der Nacht endlich neu festgesetzt werden. Die Regierung kontert, die dazu massgebende Sirene-Studie würde erst Ende 2017 publiziert. Dies ist eine Schutzbehauptung, man will der Verantwortung ausweichen. Die massgebenden Resultate der Sirene-Studie wurden bereits am 9. März 2017 publiziert. Das Bundesgericht hat bereits 2010 eine Revision der nächtlichen Grenzwerte gefordert. Schon deshalb kann von «hektischem Aktivismus», wie die Regierung den Vorstoss von Rahel Bänziger nennt, wohl kaum die Rede sein.

MADELEINE GÖSCHKE-CHIQUET,
BINNINGEN, PRÄSIDENTIN SCHUTZVERBAND,
ALT LANDRÄTIN